



„Die Strategie der niedrigen Steuern hat vollkommen versagt“

### Sparen oder Spendieren – was schafft Wohlstand? Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger diskutiert mit Banker Thorsten Polleit

**FOCUS-MONEY:** Gerade haben die G-20-Staaten beschlossen, bis 2013 ihr Defizit zu halbieren. Wird die „schwäbische Hausfrau“ jetzt auch global zum Leitbild?

**Peter Bofinger:** Die Beschlüsse von Toronto sind aus meiner Sicht enttäuschend, denn die Weltwirtschaft braucht differenzierte Lösungen. Die Kanzlerin sagt immer wieder, alle hätten über ihre Verhältnisse gelebt, aber das ist eben nicht richtig. Die USA, Großbritannien oder die südeuropäischen Staaten haben sicher über ihre Verhältnisse gelebt und müssen sich jetzt tatsächlich etwas einschränken. Andere Länder leben unter ihren Verhältnissen, wie Deutschland, Japan und China, und die müssen jetzt mehr Dampf für die Weltwirtschaft machen.

**MONEY:** Moment mal: Deutschland lebt unter seinen Verhältnissen?

**Bofinger:** Kaum ein Land lebt derzeit so sehr unter seinen Verhältnissen wie Deutschland. Wir haben einen riesigen Leistungsbilanzüberschuss, wir haben eine riesige Geldersparnis der privaten Haushalte. Und weil wir die größte Volkswirtschaft der Währungsunion sind, ist das eine Belastung.

**Thorsten Polleit:** Ich halte es für ökonomisch richtig, die staatliche Verschuldung zu beenden – und zwar überall. Alle Industriestaaten fahren massive Defizite, die ihre Verschuldung auf untragbare Höhen katapultieren und die Stabilität und Prosperität in Frage stellen. Aber ent-

#### VITA

**Peter Bofinger**

Geb. 1954, VWL-Studium Universität Saarbrücken, 1984 Promotion, 1990 Habilitation

Seit 1992 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg

Seit 2004 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftsweise“)

scheidend ist, ob es wirklich zum Eindämmen der Defizite kommt und ob das rechtzeitig und in ausreichendem Maß geschieht. Da ist noch vieles offen: Werden Ausgaben gekürzt oder Steuern erhöht? Was geschieht, falls die Ziele nicht erreicht werden? Also: Die Zielsetzung der Halbierung der Defizite ist richtig, aber es fehlen noch wichtige Elemente.

**Bofinger:** Aber wenn Länder wie Großbritannien oder die USA tatsächlich in den nächsten drei Jahren ihre Defizite halbieren würden, wäre das das massivste Einsparprogramm, das die Weltwirtschaft je gesehen hat. Das würde eine Reduzierung des Defizits um eineinhalb bis zwei Prozentpunkte pro Jahr bedeuten – die EU hielt vor einigen Jahren einen halben Prozentpunkt für machbar. Eine derart gravierende Reduzierung birgt das große Risiko, dass die Weltwirtschaft nach einem Zwischenhoch jetzt wieder in die Rezession abgleitet. Wir haben es eben mit einer speziellen Rezession zu tun, die nicht nach Lehrbuch verläuft. Es handelt sich vielmehr um gravierende Fehlentwicklungen über Jahre hinweg, die übrigens nicht

„Das Geld gehört in die Taschen der Bürger“



#### VITA

**Thorsten Polleit**

Geb. 1967, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Münster, 1995 Promotion

1998 Chefvolkswirt von ABN Amro Deutschland

Seit 2000 Chefvolkswirt von Barclays Capital Deutschland

Seit 2003 Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance and Management

die Staaten zu verantworten haben, sondern die Finanzmärkte: Die haben sich als unfähig erwiesen, das gewaltige Sparvolumen der letzten Jahre in vernünftige Kanäle zu lenken.

**Polleit:** Hier scheint die Vorstellung vorzuherrschen, dass mit staatlichen Kreditausgaben Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden könnten. Das muss ich korrigieren: Das ist natürlich nicht so. Eine staatliche Verschuldungspolitik ist letztlich nur eine Umverteilungspolitik, die verhindert, dass knappe Ressourcen die vom Markt gewünschten Verwendungen finden. Staatsverschuldung ist keine systematische Wachstumspolitik, man sehe sich nur Japan Anfang der 90er-Jahre an. Der Versuch, durch Staatsschulden Wohlstand zu schaffen, ist stets gescheitert – und er wird wieder scheitern, das hat universelle Gültigkeit.

**MONEY:** Aber was schafft denn dann Wohlstand? Höhere Steuern ...?

**Polleit:** Diese Frage zeigt schon, wie weit das ökonomische Verständnis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum verloren

gegangen ist. Wachstum entsteht insbesondere durch Freiheiten des Unternehmertums, also die Freiheit zu investieren, neue Produkte und Prozessinnovationen auf den Weg zu bringen in der Hoffnung, dadurch Gewinne zu erzielen. Hinzu kommen international ungehinderte Arbeitsteilung, freier Kapital-, Personen- und Warenverkehr über Grenzen hinweg – und natürlich auch keine Steuerbelastung. Wahrscheinlich wäre unser Wachstum viel, viel höher, wenn die Politik sich in den letzten Jahrzehnten nicht so stark zu Gunsten des Staates und zu Lasten des Unternehmertums ausgeweitet hätte.

**Bofinger:** Haben Sie denn die letzten zehn Jahre verschlafen? Alles, was Sie anmahnen, wurde doch in großem Maß praktiziert. Die Steuern wurden massiv gesenkt, der internationale Kapitalverkehr liberalisiert, die Märkte konnten sich ungehindert austoben. Aber das Ergebnis ist doch ein Desaster, die Finanzmärkte haben eine Spur der Verwüstung durch viele Länder gezogen. Wenn es jetzt heißt, der Staat könne kein Wachstum generieren, kann ich nur antworten: Die privaten Finanzmärkte haben sich als völlig unfähig erwiesen, ihre Aufgaben auch nur annähernd zu erfüllen.

**MONEY:** Und wie soll der Staat für Wachstum sorgen? Neue Schulden ...?

**Bofinger:** Man muss schon zwischen guten und schlechten Schulden unterscheiden. Die schlechten Schulden sind die konsumtiven, die guten macht der Staat, um in die Zukunft zu investieren: für Bildung, Infrastruktur, Umwelt. Genau da erweist sich das private Finanzsystem ja auch als unfähig, denn aus privaten Interessen heraus wird keine gute Bildung, gute Umwelt oder gute Infrastruktur finanziert. Da braucht man den Staat als Zukunftsinvestor, und hier kann auch der deutsche Staat eine zentrale ►





**Der Gipfel:**  
In Toronto gaben die G-20-Staaten das Ziel aus, ihre Defizite bis 2013 zu halbieren

Rolle spielen. Bisher nimmt er sie leider nicht wahr: Unsere Staatsinvestitionen sind nach Abzug der Abschreibungen negativ, unsere öffentlichen Bildungsinvestitionen zählen zu den geringsten im internationalen Vergleich. Die skandinavischen Staaten haben mit die höchsten Steuer- und Abgabenquoten, die höchsten Staatsausgaben – und sind die einzigen, die derzeit überhaupt keine Verschuldungsprobleme kennen. Die Staaten mit den schlimmsten Schuldenproblemen – USA, Großbritannien, Japan, Griechenland, Spanien, Irland – sind auch diejenigen mit extrem geringen Staatseinnahmen, und deshalb können sie ihr Gemeinwesen nicht vernünftig finanzieren. Die Strategie der niedrigen Steuern hat jedenfalls vollkommen versagt.

**Polleit:** Ich bin Ihnen eigentlich dankbar, dass Sie Ihr Argument so breit aufspannen. Denn die Gefahr ist groß, dass selbst unter Ökonomen eine falsche Diagnose der Krisenursache vorgebracht und akzeptiert wird. Dadurch wächst auch die Gefahr, dass eine freie Marktordnung stark diskreditiert wird ...

**Bofinger:** Die freien Finanzmärkte haben sich doch in einer Art und Weise selbst diskreditiert, wie sie schlimmer nicht sein könnte ...

**Polleit:** Ich bitte Sie! Es ist schlicht ein Irrglaube, dass die Märkte vollkommen frei seien. Insbesondere auf dem Geldsektor gibt es kein freies Spiel der Kräfte, es handelt sich vielmehr um ein staatliches Angebotsmonopol. Das heutige Geldsystem ist eine planwirtschaftliche Apparatur, bei der Geld durch Kreditvergabe gewissermaßen aus dem Nichts produziert wird. Die Geldmenge wird unablässig erhöht und steht in keinem Verhältnis mehr zur wirtschaftlichen Produktionsleistung. Das hat natürlich Übersteigerungen provoziert und spekulative Blasen hervorgebracht. Vor allem aber hat es die Volkswirtschaften in eine systematische Überschuldung getrieben. Wenn man diese Missstände bekämpfen will, muss man eine klare Ursachendiagnose vorbringen – was ich gerade versucht habe – und daraus die Rezeptur ableiten. Die kann nicht aus mehr Regulierung bestehen oder im Diskreditieren der freien Marktkräfte liegen. Das würde nur zu Freiheits- und Wachstumsfeindlichkeit führen. Schon heute beherrscht der Staat doch weite Teile unseres Lebens: Gesundheit, Bildung, Renten. All diese Systeme, die offensichtlich nicht die Ergebnisse bringen, die von ihnen erhofft werden, sind staatlich geführte Systeme. Und auch das Bank- und Finanzwesen ist stark durch staatliche Regulierung charakterisiert. Der Staat und seine Aufsichtsämter schreiben Eigenkapitalquoten vor, bestimmen, welche Aktiva risikobehaftet sind oder in welchen Märkten

Banken tätig werden dürfen. Das zeigt doch: Nicht die freien Märkte haben versagt, sondern der Staat.

**Bofinger:** Wer ist denn schuld, wenn jemand auf einer Straße mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 mit 100 in die Kurve geht und dabei auch noch ein entgegenkommendes Fahrzeug mitnimmt? Ist da der Staat der Versager, der nicht an jede Kurve einen Polizisten stellt, oder sind es die Menschen, die innerhalb ihrer Freiheitsspielräume völlig danebenliegen? Das Problem sind doch Banken in Spanien oder Griechenland, die im Rahmen ihrer Freiheitsspielräume ohne Sinn und Verstand schlechte Kredite vergeben haben. Soll sich der Staat da einfach danebenstellen und zusehen? Solche Freiheitsspielräume haben vor allem die Investmentbanken überall völlig unverantwortlich ausgenutzt.

**Polleit:** Diese Analogie halte ich für gänzlich unpassend. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich in den letzten Jahren ausgebreitet hat, lässt sich am besten als Interventionismus beschreiben.

**MONEY:** Lassen Sie uns doch von der Diagnose zur Therapie kommen. Hierzulande hat man sich Sparen auf die Fahne geschrieben. Wo liegen denn aus Ihrer Sicht sinnvolle Einsparmöglichkeiten?

**Polleit:** Vor dem Hintergrund der politischen Durchsetzbarkeit wäre wohl das Sparen über alle Ressorts – zehn oder zwanzig Prozent Ausgabenkürzungen – die praktikabelste Lösung. Geht man differenzierter vor, wäre sicher das Zurückfahren von konsumtiven Ausgaben notwendig, etwa bei den Transferzahlungen. Ich bin auch kein Befürworter der staatlichen Bildungspolitik. Ich denke, auch da könnte man produktive Gewinne erschließen, indem man Bildung privatisiert und nicht weiter in Staatshand belässt. Ein großer Block sind sicherlich auch die Subventionen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat dazu ja einen Katalog erarbeitet.

**Bofinger:** Ich glaube, dass bei Subventionen verdammt wenig zu holen ist – deshalb fällt auch den meisten Leuten dazu nichts Konkretes ein. Die Defizite in Deutschland kamen doch nicht daher, dass in den letzten zehn Jahren der Sozialstaat aufgebläht wurde. Das Problem ist vielmehr, dass mit großen Programmen die Finanzmärkte gerettet werden mussten. Davon profitierten aber nicht in erster Linie die Banken, sondern Menschen, die hohe Bankeinlagen, Geldvermögen und Lebensversicherungen haben, denn deren Geld wäre sonst teilweise entwertet worden. Die Rettungspakete kamen in erster Linie Menschen mit hohem Vermögen und Beziehern hoher Einkommen zugute, und damit ist für mich klar, dass vor allem mit Steuererhöhungen reagiert werden muss, die diese Gruppen treffen.

**MONEY:** Aber spart man denn, wenn man nur die Einnahmen erhöht?

**Bofinger:** Es geht nicht um Sparen, sondern darum, die Defizite zurückzuführen – und zwar verursachergerecht. Die Bundesrepublik hatte im Jahr 2008 vor der Krise einen ausgeglichenen Haushalt. Wir hatten 2008, bezogen auf das BIP, deutlich geringere Staatseinnahmen als im Jahr 1999. Der Staat wurde also massiv zurückgefahren, die Sozialleistungen wurden reduziert. Wir hatten einen schrumpfenden Staat, der jetzt leider wieder ausgeweitet werden musste, um die Exzesse der Finanzmärkte auszugleichen. Deswegen muss man verursachungsgerecht ansetzen – und da meine ich vor allem bei den Steuern.

**MONEY:** Aber die Schulden stiegen doch schon vor der Finanzkrise?

**Bofinger:** Zunächst mal geht es nicht darum, die Schulden zurückzuführen, sondern um die Schulden zu stabilisieren, muss man erst einmal die Defizite in den Griff bekommen. Dazu muss man die Neuverschuldung reduzieren, und dazu muss man auf der Einnahmenseite ansetzen. Das gilt übrigens nicht nur für Deutschland, sondern vielmehr noch für Spanien, Irland, die USA und Japan, die unglaublich niedrige Staatseinnahmen haben.

**Polleit:** Ich möchte doch darauf hinweisen, dass die Schuldenstände in Deutschland schon vor der Krise massiv angestiegen sind ...

**Bofinger:** Ja, zum Beispiel wegen der deutschen Einheit oder weil die Steuern gesenkt wurden ...

**Polleit:** Das waren ebenfalls fehlerhafte politische Entscheidungen, mit Schulden vermeintliche Prosperität zu schaffen. Das ist gescheitert – aber das Scheitern dieser Politik scheint ihre Befürworter nur zu noch größerer Verschuldung anzuspornen. Der IWF hat in einer internationalen Untersuchung festgestellt, dass Staatsquoten von mehr als 40 Prozent längerfristig mit Wachstumseintrübungen und Beschäftigungsverlusten verbunden sind. Deshalb kann man nur davor warnen, diese Krise misszuinterpretieren und Politiken zu empfehlen, die das Ausweiten des Staates befürworten. Das mag in einigen politischen Zirkeln begrüßt werden, aber das schafft längerfristig keinen Wohlstand, sondern das Gegenteil ist der Fall.

**Bofinger:** Schauen Sie sich doch nur die skandinavischen Staaten an: Die laufen prächtig. Und schauen Sie auf den Zusammenhang zwischen Defiziten und Staatseinnahmen: Die Länder mit den geringsten Steuern haben die größten Defizite – und nicht diejenigen mit den größten Ausgaben.

**MONEY:** Professor Bofinger, wenn Sie eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen fordern: Welcher Höchststeuersatz schwebt Ihnen da konkret vor?

**Bofinger:** Mit einem Spitzensteuersatz von 50 Prozent hätte ich kein Problem. Das muss natürlich so ausgestaltet sein, dass in erster Linie Spitzeneinkommen getroffen werden.

**MONEY:** Großbritannien oder Japan denken über eine zweigleisige Strategie nach: Höhere Einkommensteuern, aber niedrigere Unternehmenssteuern, um Wachstumsimpulse zu setzen. Was halten Sie davon?

**Bofinger:** Eigentlich nichts. Die G-20 müssten dafür sorgen, dass wir die Unternehmenssteuern zumindest beibehalten

können, obwohl auch da noch Erhöhungen möglich wären. Das Problem bei den Unternehmenssteuern ist doch nur der Steuerwettbewerb. Es wäre eine schöne Aufgabe für die G-20 zu verhindern, dass in der derzeitigen weltwirtschaftlichen Lage ein Steuerwettbewerb stattfindet.

**Polleit:** Ich bin, was die Steuern angeht, grundsätzlich anderer Meinung als Professor Bofinger. Steuern zu erhöhen halte ich für einen Schritt in die völlig falsche Richtung und für kontraproduktiv. Stattdessen müssen die staatlichen Ausgaben runter. Wir leben in international globalisierten Märkten. Ein Anheben der Steuern hätte deshalb auch Abwanderungseffekte zur Folge und wäre kontraproduktiv in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung. Das Geld gehört in die Taschen der Bürger.

**MONEY:** Und wie sieht dann Ihr Therapieversuch zur Lösung der Verschuldensproblematik aus?

**Polleit:** Wie vorher schon angedeutet, liegt die Kernursache dieser Boom-and-Bust-Zyklen, dieser Spekulationsblasen und der Vermögenspreis-Inflation meiner Meinung nach darin, dass in der herrschenden Geldordnung Geld durch Kreditvergabe gewissermaßen aus dem Nichts ohne dahinterstehende Ersparnis produziert wird. Das führt zu Ungleichgewichten in den Volkswirtschaften, die diese Missstände heraufbeschwören. Insfern muss der Ansatzpunkt zur Lösung der Krise in der Geldproduktion gesucht werden, also im staatlichen Geldangebotsmonopol.

**Bofinger:** Nachdem die Banken sich schon als unfähig erwiesen haben, das Geld ihrer Einleger vernünftig zu verwalten, halte ich es für absurd, ihnen die Verantwortung und die Kontrolle über das Geldangebot, also über die Währung, zu geben. Wenn ich Herrn Polleits Vorschlag richtig verstehe, bedeutet das ja, dass Banken Bargeld emittieren, und ich weiß nicht, ob man mit einem Ackermann-Taler oder einem Blessing-Dukaten besonders gut fahren würde.

**Polleit:** Eine privatisierte Geldproduktion funktioniert natürlich nicht so, dass jeder nach Belieben sein eigenes Geld emittieren kann und dann ein Chaos entstünde. Im Gegenteil: Es würde sich relativ schnell ein Standard einpendeln – beispielsweise Gold oder Silber. Ein freies Marktgeld wird für weniger zyklische Schwankungen und Überschuldungsprobleme sorgen, und es bleibt nur zu hoffen, dass die aktuelle Krise die Beschäftigung mit solchen Konzepten, die namhafte Ökonomen vertreten, fördert.

**MONEY:** Aber wäre eine private Geldordnung politisch überhaupt durchsetzbar?

**Polleit:** Auch wenn ein solches Konzept – das im Übrigen nicht neu ist – für uns ungewohnt klingt, so ist es doch das Überlegene. Ich habe wenig Zweifel, dass es sich durchsetzen wird, schon deshalb, weil das herrschende versagt.

**Bofinger:** Für mich liegt die Lösung viel eher in einem neuen Verständnis der Rolle der Notenbanken. Sie brauchen gewissermaßen ein Doppelmandat: die Verantwortung für die Preisstabilität und für die Finanzstabilität. Dazu gehört auch, dass die Bankenaufsicht bei der Notenbank angesiedelt ist. Dass die Aufsicht derzeit auf mehrere Institutionen verteilt ist, ist eigentlich ein Treppenwitz. ■

THOMAS WOLF